

**Senator für Arbeit, Frauen,
Gesundheit, Jugend und Soziales**

Bremen, den 30.01.2007
Bearbeitet von H.Rose
Telefon 361 2858
Fax 361 2155
EMail heidemarie.rose@soziales.bremen.de

Lfd. Nr. **406/07**

**Tischvorlage
für die 31.Sitzung der städtischen Deputation
für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration
am 08.02.2007**

TOP :

Personeller Mehrbedarf im Gefolge der Maßnahmen zur Verbesserung des Kinderschutzes und der Kindeswohlsicherung in der Stadtgemeinde Bremen

A - Problem

In der Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses am 19. Januar 2006 wurden in unterschiedlichen Beratungsvorlagen die verschiedenen Teilbereiche des Kinderschutzes dargestellt und die hier gestiegenen Anforderungen beschrieben. Nach heutiger Kenntnis ist die vorhandene Personalausstattung unzureichend. Es ist daher die Aufforderung ergangen, bis zum 17. April 2007 den aus einem Konzept abgeleiteten Personal- und Sachmittelbedarf darzustellen. Insbesondere in drei Bereichen (Amtsvormundschaft, Familienhebammen und Erziehungsberatung) besteht allerdings bereits jetzt unmittelbarer Handlungsbedarf, der seinerseits zeitnahe Entscheidungen auslöst.

B – Lösung

Es ist beabsichtigt, im Bereich der „Amtsvormundschaft“ des Amtes für Soziale Dienste, im Bereich des „Familienhebammenprogramms“ des Gesundheitsamtes und in den „Erziehungsberatungsstellen“ des Amtes für Soziale Dienste umgehend personelle Verstärkungen erfolgen zu lassen, um die Qualität der Aufgabenerledigung im Bereich des Kinderschutzes und der Kindeswohlsicherung rasch zu verbessern.

1. Amtsvormundschaft

In der Vorlage für die Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration vom 9. Januar 2007 ist die Entwicklung des Fallaufkommens für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Amtsvormundschaft beschrieben worden. Darin wurde deutlich, dass nur ein Personalzuwachs geeignet ist, die notwendigen qualitativen Verbesserungen im Einzelfall („intensive Befassung mit der Lebenssituation des Mündels in seinem sozialen Umfeld“) zu ermöglichen. Es wurde ein Personalzuwachs von **zwei Vollzeitstellen** als erforderlich dargestellt.

2. Familienhebammen

Das Konzept der Familienhebammen sieht vor, dass bei sog. Hochrisikofamilien (Schwangere und Mütter, die besonders hohen gesundheitlichen, medizinischen, sozialen oder psychosozialen Risiken ausgesetzt sind) vor und nach der Geburt eines Kindes Familienhebammen des Gesundheitsamtes eingesetzt werden. Dies geschieht im Wege von Hausbesuchen dieser Hebammen, deren Besuchshäufigkeit künftig intensiviert werden soll. Dazu beantragt das Gesundheitsamt einen Personalzuwachs um **eine Vollzeitstelle**.

3. Erziehungsberatungsstellen

Gegenwärtig erhalten ratsuchende Eltern bei Erziehungsfragen in den kommunalen Beratungsstellen nicht immer einen zeitnahen Beratungstermin. D.h. oftmals fallen längere Wartezeiten an, was zu familiären Krisen führen bzw. bereits vorhandene Problemlagen verstärken kann. Das Amt für Soziale Dienste hat hier für die personelle Verstärkung der Erziehungsberatung um **zwei Vollzeitstellen** beantragt.

C - Alternativen

Keine.

D - Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen/ Produktgruppenhaushalt

Für den personellen Zuwachs sind Planstellen einzurichten und im Umfang dieser fünf Beschäftigungsvolumina Personalkosten in Höhe von 251.000 € bereit zu stellen. Die Mittel sollen im Personalhaushalt unter Heranziehung einer Einsparung in der ProdGr 41.01.04 – Unterbringung/ Betreuung außerhalb der Herkunftsfamilie – nachbewilligt werden.

E - Beteiligung/ Abstimmung.

Nicht erforderlich

F - Beschlussvorschlag

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration stimmt dem dargestellten Personalzuwachs in den beschriebenen Bereichen zu.

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration bittet die Verwaltung, die haushaltsmäßigen Voraussetzungen zu schaffen.